

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortshäften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen — in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 105.

Donnerstag den 9. September 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

- Die Vorkonferenz-Konferenz in Paris hat die deutschen Vorstellungen über Bewachung der österrheinischen Volksgrenzen und über Oberschlesien abgelehnt.
- Auch in der bayerischen unabhängigen Sozialdemokratie ist eine Spaltung eingetreten. Die radikalen Kreise schließen sich den Kommunisten an.
- Die Lage der italienischen Arbeiter gestaltet sich infolge Mangel an Geld und Rohstoffen sehr trostlos.
- In Mexiko Stadt wurde Alvaro Obregon zum Präsidenten gewählt.
- Ein Unterwachtmeister der Dortmunder Sicherheitspolizei wurde wegen Ermordung des Landjägers Weiler, der ihn beim Kartoffelbstahl ertappt hatte, verhaftet.
- Ein großer deutscher Vagabund ist auf der Reise von Mainz nach Kiel in der Nähe des Leuchtturmes Gledier gesunken. Im Bord bestand sich eine Besatzung von 80 bis 90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Die Reichsiedlung.

Von Oberlandmesser Wegener, Jülichau-Schwiebus.

Das R.-S.-G. ist ein ausgesprochenes Agrargesetz und beschäftigt sich demzufolge mit der Siedlung auf dem Lande, keineswegs jedoch mit der städtischen Siedlung.

Das Gesetz unterscheidet Neusiedlung und Anliegersiedlung. Es regelt auch die Landbeschaffung. Für letztere gibt es drei Wege: Freiwillige Abgabe, Vorkaufrecht, Enteignung.

Abgabepflichtig ist der Landlieferungsverband, der als Mitglied alle Großgrundbesitzer umfaßt. Als Großgrundbesitzer zählt ein Besitz von 100 Hektar Kulturland aufwärts. Dieser Landlieferungsverband (provinziell abgegrenzt) hat das Vorkaufrecht auf alle über 100 Hektar großen Güter und auch das Enteignungsrecht, wenn nicht durch freiwillige Landabgabe das für das Siedlungsbedürfnis notwendige Land bereitgestellt wird.

Heute steht im Vordergrund die Anliegersiedlung, die nach den Ausführungsbestimmungen zum R.-S.-G. die Hebung von „bestehenden landwirtschaftlichen Kleinbetrieben“ bis höchstens zur selbständigen Vollerwerbsnahrung bezweckt, d. h. der Landwirtschende muß bei diesem Verfahren schon einen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen. Sie liegt wohl mit Recht größtenteils in den Händen der Kreisiedlungsgesellschaften. Es sollen jedoch nicht alle bestehenden Kleinbetriebe bis zur selbständigen Vollerwerbsnahrung gehoben werden. Etwas weniger sollen die Handwerker auf dem Lande durch Vergrößerung ihres Besitzes ihrem Berufe entzogen werden, denn diese sind ebenso notwendig wie die selbständigen Landstellen. Im Gegenteil ist darauf zu halten, daß eine gesunde Mischung zwischen Klein-, Mittel- und Großbesitz und die notwendigen Handwerker- und Arbeiterstellen bestehen bleiben, jedoch auch die Gelegenheit des sozialen Aufstieges erhalten bleibt.

Auf der zu vergrößernden Stelle sollen vor allem die notwendigen Wirtschaftsgebäude, Inventar und Arbeitskräfte in der Familie vorhanden sein, die auch der Vergrößerung genügen. Ueberhaupt soll weniger auf die wechselnden Wünsche der Stelleninhaber als auf die Bedürfnisse der Stelle selbst Rücksicht genommen werden.

Wünsche eines Besitzers einer an sich lebensfähigen Stelle auf Land zur Verbesserung der Stelle sind nicht zu berücksichtigen. Ebenso finden Wünsche auf Rückkauf seinerzeit an den Gutsbesitzer verkauften Grundstücken keinerlei Berücksichtigung, da sie nicht im R.-S.-G. begründet sind. Vor allem darf der landgebende Grundbesitz nicht zerstückelt oder unwirtschaftlich gestaltet werden; das liegt im Interesse der Volksernährung. Ferner muß der Stelleninhaber das für den Erwerb notwendige Kapital besitzen oder sich beschaffen können. Eine Unterstützung durch staatliche Mittel oder selbst Rentenbankkredit ist ausgeschlossen.

Jedoch dürften wohl die Kreisiedlungsgesellschaften in besonderen Fällen hier einspringen; deshalb verdienen diese jede Unterstützung seitens der größeren Banken, Banken, Spar- und Darlehnskassen durch Beteiligung am Stammkapital. Leider wird die gegenseitige Erfahrung gemacht, daß die in Frage kommenden vielfach glauben, sie hätten durch Unterstützung der Kreisiedlungsgesellschaften sowohl wie durch Förderung der Ziele des R.-S.-G. den Akt ab, auf dem sie sitzen; eine vollständige und kurzfristige Verknüpfung der Verhältnisse, zumal die Kreisiedlungsgesellschaften eine ihrer Hauptaufgaben in der Ausgleichung zwischen den Wünschen der Landfordernden und Landabgebenden sehen. Sie könnten noch vielmehr hierin erreichen, wenn sie mehr die notwendige Unterstützung fänden. Vielfach glauben auch die Landfordernden, daß die Lage des Landes sowohl ausfinden, wie auch die Zulage von Wald fordern zu können. Welches ist irrig. Es ist dem Gutsbesitzer freizulassen, welchen Plan er zur Verwirklichung stellen will.

(natürlich darf es nicht ertragreicher oder nahezu ertragreicher Boden sein); Wald fällt überhaupt nicht unter die Landabgabe.

In den weitaus größten Fällen lassen sich die Großgrundbesitzer bereit finden, das Land freiwillig zur Verfügung zu stellen. Wo dies nicht der Fall ist, und das dringende Bedürfnis auf Vergrößerung von Kleinbetrieben vorliegt, kann das gemeinnützige Siedlungsunternehmen (Kreisiedlungsgesellschaft, Kulturanstalt) die Enteignung beim ständigen Ausschuss des zuständigen Landlieferungsverbandes beantragen und diesem Antrag wird wohl auch immer Folge gegeben werden. Vorzugles ist aber in jedem Falle die gütliche Vereinbarung. Die Enteignung darf nur in zwingenden Fällen und als letztes Mittel in Frage kommen.

Die gebräuchlichsten Formen der Landzuteilung bei der Anliegersiedlung sind Kauf, Pacht mit Kaufanwartschaft (d. h. das Recht auf Kauf nach einer im Pachtvertrag festgesetzten Zahl von Jahren), Pacht. Das zum Kauf oder zur Pacht mit Kaufanwartschaft der Siedlungsgesellschaft zur Verfügung gestellte Land wird von der Siedlungsgesellschaft an den Siedler verpachtet. Die reine Pachtung kommt hauptsächlich dann in Frage, wenn es sich um Landwirtschende handelt, deren Hauptberuf eigentlich nicht die Landwirtschaft ist, die aber wegen Mangel an Arbeit infolge der Zeitlage sich vorübergehend vergrößern wollen; denn diese werden, wenn die Arbeitsverhältnisse sich bessern, wieder ihrem Beruf nachgehen.

Zum Schluß sei sowohl den Landwirtschenden wie den Landabgabern Angelegenen empfohlen, sich immer mit ihrer Kreisiedlungsgesellschaft in Verbindung zu setzen und zwar die ersteren durch ihren Gemeindevorsteher, der die Anträge sammelt und dem Kreisiedlungsamt oder der Kreisiedlungsgesellschaft weitergibt, da die Landzuteilung für jede Gemeinde einheitlich und abschließend geregelt werden soll.

Die Eisenbahnkontrolle.

Kontrollen-Entlassungen in Erfurt.

Die Regierung bleibt fest. Sie läßt bekannt machen:

„Am 8. September haben Eisenbahnarbeiter auf dem Bahnhof Erfurt einen mit Munition beladenen Wagen aus einem vorübergehend angeordneten Entente nachschub abgehängt, obwohl auch dieser Wagen ordnungsmäßig kenntlich gemacht war. In Verhandlungen mit den Arbeitern erreichte die Eisenbahndirektion die Zustimmung, daß der Wagen mit dem nächsten Ententezug weiterlaufen sollte. Trotzdem haben am 4. September Eisenbahnarbeiter verschiedener Dienststellen den Wagen entladen und die Munition auf freiem Felde verbrannt. Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahndirektion telegraphisch angewiesen, sofort alle bei dem Abhängen und Entladen des Wagens und der Vernichtung der Munition beteiligten Arbeiter ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu entlassen und sie außerdem der Staatsanwaltschaft zur gefälligen Verfolgung anzuzeigen und für den der Eisenbahnverwaltung etwa entstehenden Schaden haftbar zu machen. Beamte sind, soweit bisher festgestellt, an der Tat nicht beteiligt.“

Die Erfurter Ausbreitungen.

Die teilweise Zerstörung eines Polonia-Transportes durch Eisenbahnarbeiter in Erfurt, über die wir berichteten, wird von beiden sozialistischen Parteien mit entsprechender Abschattierung getadelt und preisgegeben.

Der „Vorwärts“ spricht von einem „Kommunistenstreik“ und sagt:

„Die Arbeiter in Erfurt, die fast ganz unter unabhängigen und kommunistischen Einflüssen stehen und trotz der Verhandlungen ihrer Kommissionen aus eigenem heraus zu der wilden Maßregel griffen, sind augenscheinlich das Opfer kommunistischer Präsenzhelden geworden, von denen einer erst kürzlich in einer unabhängigen Versammlung zu Erfurt erklärte, man müsse es zum Krieg mit der Entente treiben. Wir nehmen noch immer an, daß ein Teil der beteiligten Arbeiter sich der Tragweite ihrer Handlungswiese nicht bewußt geworden ist, daß aber sicher die Anstifter ganz offen mit der Möglichkeit rechnen, daß aus solchen eigenmächtigen Handlungen der Konflikt mit der Entente entstehen und so Deutschland in den Krieg an der Seite Sowjetrußlands gerissen werden würde. Diese Elemente spielen mit dem Feuer, und es ist nur zu begreiflich, wenn sich gegen solche unverantwortlichen Kräfte die Entrüstung des ganzen deutschen Volkes wendet.“

Streik oder nicht?

Aus dieser Stellungnahme der Regierung hat sich natürlich eine höchst bedenkliche Lage entwickelt. Auf beiden Seiten Siedehitze:

Die Montagabend im Gewerkschaftshaus tagenden Betriebsräte haben über ihre Beschlüsse vollkommenes Schweigen zu bewahren verstanden. In der Versammlung selbst soll es äußerst hitzig hergegangen sein. Selbst die Funktionäre des sozialdemokratischen Deutschen Eisenbahner-Verbandes sind nicht vollständig mit der Haltung der Gewerkschaftsleitung zufrieden. Ein Teil von ihnen brachte diese

unzufriedenheit auch klar zum Ausdruck. Infolgedessen zog sich die Beschlusssitzung bis zum späten Abend hin.

Im Reichsverkehrsministerium, wo man nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Transportpflicht der Eisenbahnen unter allen Umständen gewahrt werden müsse, sieht man der Entwicklung der Dinge ruhig entgegen. Die Haltung des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes hat sich bis zur Stunde nicht geändert. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten steht ebenfalls auf dem Standpunkt der Reichsregierung. Beamte und der A. E. V. wollen unter allen Umständen einen eventuellen Streik, der vom D. E. V. proklamiert werden sollte, zu verhindern suchen. Ebenso stehen auch die Fachgewerkschaften, technische, mittlere und untere Beamte einem Streik unsympathisch gegenüber. Der Streik der Betriebsräte würde von vornherein nur ein Teilstreik sein können, der für die Betriebslage auf den Eisenbahnen vollständig bedeutungslos bleiben würde. Im Falle eines Streiks ist das Reichsverkehrsministerium „entschlossen, mit allen Mitteln gegen die Streikenden vorzugehen“.

Die Eisenbahnbetriebsräte nicht für Streik.

In der Eisenbahner-Betriebsräteversammlung in Berlin wurde von den Kommunisten ein Antrag eingebracht, der die Anhaltung und Durchsuchung aller Transporte verlangt. Dieser Antrag wurde mit allen gegen etwa 18 Stimmen abgelehnt. In der Versammlung machte sich jedenfalls eine Stimmung für einen Streik nicht bemerkbar.

Auch in Erfurt ist trotz der erfolgten Maßregelung von dortigen Eisenbahnern alles ruhig.

Ein neuer Fall.

Wie die „Rote Fahne“ meldet, wurden auf dem Neuböhrner Industriefeld zwischen dem Oberhafen und Tempelhof ein Kahn mit 26 Geldbüchern und 12 Schmiedewagen angehalten. Die Geldbücher sind vom Traindepot Tempelhof nach Stettin verschickt worden, wurden aber in Stettin angehalten und befinden sich angeblich auf dem Rücktransport zum Traindepot.

„Der Tod kommt!“

„Das Schicksal des Unglücks erwartet Euch!“

Die polnische Angriffswut in Oberschlesien greift immer mehr auf die westlichen Bezirke über. Im Kreise Oppeln erhielten zahlreiche deutsche Bewohner Drohbriebe folgenden Inhalts:

„Die Stunde ist gekommen, in welcher wir Euch Rache schwören. Das Schicksal des Unglücks erwartet Euch. Verbände ober-schlesischer Soldats.“ — In einer Nachschrift stand darunter: „Bereite Dich vor, mach Dein Testament, denn Du bist der Erste, der Tod kommt.“

Die Entente machtlos.

Der englische Kreiskontrollleur in Weutchen hat einem deutschen Vertreter gegenüber selbst erklärt, daß es unmöglich sei, von den Polen Waffen herauszubekommen. Er hat hinzugefügt, daß nach seiner Ansicht die Abstimmung nicht stattfinden könne, bevor die Waffen abgegeben sind.

In Myslowitz mußte der französische Kommandant sich Lügen strafen lassen. Obgleich er erklärt hatte, mit eigener Person dafür einzustehen, daß die blaue Polizei ihren Dienst unbehindert versehen könne, nahm die Bevölkerung beim Einrücken der Beamten sofort eine feindselige Haltung ein. Der französische Kapitän erklärte dem Kommissar, ihm sei von einer Wiederaufnahme des Dienstes der Polizei nichts bekannt, er könne auch für nichts haften. Darauf kehrten die Beamten wieder nach Katowitz zurück. Am Mittwoch sollen dann Abstimmpolizei und blaue Polizei gemeinsam versuchen, den Dienst in Myslowitz wieder aufzunehmen. Augenblicklich herrschen dort mit Billigung der Franzosen vollkommen ungeschiele Zustände. Die polnische Kommandantur hat einen Polizeidienst nach polnischem Muster eingerichtet.

Größere Selbständigkeit für Oberschlesien.

Das Reichskabinett hat sich am Montag mit der Autonomie Oberschlesiens beschäftigt. Bekanntlich hatte der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sich ausführlich mit der Frage befaßt und schließlich auch einen Beschluß über Oberschlesien herbeigeführt. Außenminister Dr. Simons hatte erklärt, daß die Gewährung der Autonomie an Oberschlesien nicht auf Kosten des Reiches oder Preußens geschehen dürfe. Auch in parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß man den Gefühlen der Bevölkerung Rechnung tragen müsse. Man ist der Meinung, daß es genügen wird, wenn man Oberschlesien als preussische Provinz mehr Rechte gibt als den anderen Provinzen, denn man verkennt nicht die Gefahren, die aus einer Loslösung Oberschlesiens von Preußen für Preußen und das Reich entstehen würden.

Amerikanische Milchkuhe.

Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Lieferung von 5000 Milchkuhen aus Amerika nach Deutschland wird dieser Tage — vielleicht — behördlich ermöglicht werden. Aus dem Reichsernährungsministerium wird mitgeteilt, daß vor kurzem abgehaltene eingehende Beratungen die Frage so weit geklärt haben, daß nur noch die letzte Entscheidung des Reichsernährungsministers Hermes aussteht. Sie sei im Laufe der Woche zu erwarten.

Deutsch-Amerikanische Farmer hatten vor Jahresfrist eine großzügige Hilfsaktion für das deutsche Volk eingeleitet. Sie hatten Milchkuhe gesammelt, die dem deutschen Volk geschenkt werden sollten. Man rechnete anfangs mit 20 000 Tieren. In unterrichteten Kreisen glaubte man, daß, wenn der Abtransport glatt von statuen gegangen wäre, sich diese Zahl auf 100 000 hätte erhöhen lassen. Die Lieferung sollte ursprünglich nach dem Friedensschluß zwischen Deutschland und Amerika einsetzen. Dieser verzögerte sich beträchtlich, und bis heute ist der Friedenszustand mit Amerika noch nicht eingetreten. Das war ein Hindernis, das sich der deutsch-amerikanischen Hilfsaktion entgegenstellte. Man mußte einen neuen Plan ansatzeln. Doch als dieser so gut wie abgeschlossen war, entstand eine neue Schwierigkeit. Diesmal lag sie in Deutschland, und zwar beim Reichsernährungsministerium. Hier wurden verschiedene Einwände gemacht. Einer war, daß unsere Ernährungslage es nicht gestattete, Futter zu wie amerikanische Milchkuhe bereit zu stellen. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Nach dem Friedensvertrage haben wir 150 000 Milchkuhe abgegeben. Das Futter, das wir für sie hätten bereit stellen müssen, hätte sehr gut für die amerikanischen Milchkuhe verwandt werden können. Uebrigens werden die Amerikaner für die Kühe, die sie uns schenken wollen, durch Sammlungen das Kraftfutter selbst ausbringen.

Inzwischen ist ein Jahr verstrichen, seitdem die amerikanische Hilfsaktion eingeleitet wurde, und bis jetzt ist nicht eine Kuh in Deutschland eingetroffen. Die Organisationen, die beteiligt waren, vor allem das Rote Kreuz, arbeiteten seit Monaten darauf hin, daß von der deutschen Regierung gefesse, was gegeben kann, um die Milchkuhe nach Deutschland zu schaffen. Anfang August endlich wurde das Rote Kreuz, als es sich um die Frage des Frachtraumes handelte, gefragt, ob es den für die ersten 2500 Kühe benötigten Schiffsraum zur Verfügung stellen könne. Das Rote Kreuz konnte eine befriedigende Antwort geben. Bis heute aber wurde von dem Anerbieten kein Gebrauch gemacht.

So stehen die Dinge bisher; hoffentlich gedeihen sie nun „im Laufe der Woche“ etwas weiter. Die Bewilligungen der Maul- und Klauenseuche unter unseren Viehbeständen lassen eine baldige Entscheidung dringend geboten erscheinen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 7. September 1920.

Die Abholung der Steuern wird in Berlin eingeleitet, weil sie durch den Steuerabzug beim Lohn überflüssig wird.

In Berlin sollen langfristige Erwerbslose, die in den letzten 6 Monaten mindestens 8 Wochen Erwerbslosens-Unterstützung bezogen haben, 100 Mark extra bekommen.

Worläufig keine Zwangsanleihe? Wie das „Leipziger Tageblatt“ erfahren haben will, wird die Einbringung einer Vorlage über die Zwangsanleihe vorläufig nicht erwogen. — Es ist bisher keine Entschliessung des Reichsfinanzministeriums gefasst worden, eine Vorlage dem Kabinett zu unterbreiten, und infolgedessen liegt auch noch kein Beschluß des Kabinetts vor, eine solche Vorlage dem Reichstag vorzulegen.

Gegen den Reichsartoffelschöpfpreis. Der Koburger Bauernverein, dem die meisten Landwirte des Thematischen Freistaates Kobura angehören, hat einen

partoffelschöpfpreis von 20 Mark für den Zentner festgesetzt und lehnt den höheren Reichsartoffelschöpfpreis ab.

Vorschläge auf die neue Besoldungsordnung. Obwohl Beratungen über die Revision der Besoldungsordnung noch nicht abgeschlossen sind, hat das Reichsfinanzministerium, wie eine Korrespondenz meldet, daß Vorschläge auf die aus der vorausgesetzlichen Höherstellung sich ergebenden Mehrbeträge im Bedarfsfalle gezahlt werden dürfen.

Im preussischen Volksschulgesetz. Der Ausschuß der Landesversammlung für das Volksschulgesetz, der die Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen regelt. In der Aussprache fand die Regierungsvorlage, nach der das Anstellungsrecht den Aufsichtsböörden zuzufallen, fast allgemeine Ablehnung. — Die §§ 7—9 der Regierungsvorlage wurden angenommen, dem § 10 ein Absatz angefügt, wonach von dem an den Schulverband zurückgezahlten Anrechnungsgesetz der Dienstwohnung 25 Proz. zu einem Bau- und Reparaturfonds angeammelt werden sollen. § 11 (Hausgarten und Landnutzung) wurde mit einem Zusatz angenommen, daß die Abfindung der Landnutzung durch die Schulaufsichtsböörden nur unter Zustimmung des Stelleninhabers erfolgen darf.

Das Handwerk meldet sich. Die Arbeitsgemeinschaft des württembergischen Handwerks, der die Handwerkskammern, 40 Landesfachverbände und den Verband der Gewerbevereinigungen umfasst, hat nach einem Vortrage des demokratischen Landtagsabgeordneten Henne-Fabinger in einer Erklärung ihrem lebhaften Befremden Ausdruck gegeben, daß das selbständige Handwerk in Württemberg bei der Verwaltung des Volksstaates bis heute völlig unberücksichtigt geblieben ist. Sowohl im Arbeitsministerium wie bei der wirtschaftlichen Vertretung Württembergs in Berlin verlangt das Handwerk die Einräumung einer angemessenen Vertretung.

Keine allgemeine Arbeitspflicht. Ein Berliner Blatt hat die Nachricht gebracht, daß das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf zur Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht im Deutschen Reich vorbereite. Diese Nachricht ist, wie vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, nicht zutreffend. Im Reichsarbeitsministerium gehen seit langer Zeit immer wieder Anträge und Vorschläge zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ein und werden auf ihre Bedeutung und praktische Durchführbarkeit geprüft. Diese Prüfung hat aber bisher weder zu bestimmten Entscheidungen der Reichsregierung, noch zur Aufstellung eines Gesetzentwurfes geführt.

Ministerpräsident v. Kahr für die Einwohnerwehren. Die Einwohnerwehr des Chiemgautes, die Elite-truppe der bayerischen Einwohnerwehren, hat am letzten Sonntag ein Gau-Fest in Rosenheim bei München veranstaltet. Ministerpräsident v. Kahr, der Münchener Polizeipräsident Dr. Böner und der volkstümliche Reichspräsident Oberst Epp sowie der Landeshauptmann Dr. Eicher nahmen als Gäste daran teil. Ministerpräsident v. Kahr hielt dabei eine Ansprache, worin er sagte:

„Es wird mir unergötzlich sein, wie man mir in den vergangenen kritischen Tagen in später Nachtstunde die Botschaft brachte, die Einwohnerwehr des Chiemgautes sei bereit, auf meinen Ruf für Ruhe und Ordnung zu sorgen, ich brauche sie nur zu rufen. Darum heißt es Treue um Treue. Diese Treue soll so fest und unerschütterlich gegründet sein, wie dort drüben die Berge unserer Heimat. Dieses Treuegelöbniß wollen wir ausdrücken, indem wir rufen und wünschen, unsere Chiemgautwehr, unsere Einwohnerwehren sollen blühen und gedeihen, was auch kommen mag.“

In der Münchener Munitionsanstalt Schleifheim bei München sind drei Munitionshäuser erboren worden. Vorläufig ist der Abgang von etwa 10 000 Pistolenpatronen, 19 000 Patronen für Maschinengewehre und 17 000 Patronen für Infanteriegewehre sowie Leuchtkegel festzustellen. Es werden sich bei näherer Untersuchung noch weitere Abgänge ergeben.

Rundschau im Auslande.

Belgien: Verfall Frankreichs.

Kürzlich ist eine französisch-belgische Militär-Konvention abgeschlossen worden, nach der Belgien im Bedarfsfalle 700 000 Mann unter französischen Oberbefehl zu stellen hat. Gegen diese Selbstentleerung Belgiens richtet der Allgemeine Flämische Bund an den in Paris weilenden belgischen Premierminister Delcroix ein Telegramm, wonach der Bund mit seinen über 500 000 Mitgliedern energisch gegen die Freibereit der französischfreundlichen Rechtspartei protestiert. Der Bund erklärt, daß das beabsichtigte französisch-belgische Militärabkommen keine bindende Kraft haben könne, solange es nicht durch das belgische Parlament genehmigt worden sei und weiter, daß keine Regelung bindend werden könne, die der Unabhängigkeit Belgiens nach innen oder außen Abbruch tue.

England: 24 Tage Hungerstreik.

Nach Berichten aus Ungarn hat Lloyd George auf das Ersuchen des Bürgermeisters von Neuport auf Freilassung des Bürgermeisters von Cork geantwortet. Er erklärt höflich, aber entschieden, daß er sich keine Eingriffe in den Gang der Gerechtigkeit erlauben dürfe. Der Zustand des Bürgermeisters von Cork ist so kritisch geworden, daß das Ableben jeden Augenblick erwartet werden kann. Man befürchtet, daß er die Nacht nicht überleben werde. Man zählt bereits den 24. Tag seines Hungerstreiks.

Der Arzt der Hungerstreikenden im Gefängnis zu Cork hat einen Drohbrief erhalten, indem er aufgefordert wird, Cork binnen 24 Stunden zu verlassen, andernfalls man ihn auf höchst brutale Weise bestrafen werde.

Japan: Schwerste Arbeitslosigkeit.

Im Kriege hatten sich die Japaner mit wahrer Hingabe an die Ausbeutung der deutschen Erfindungen und Fabrikationsmethoden gehalten und den deutschen Markt im Osten für sich erobert. Jetzt können aber die anderen europäischen Industrieländer wieder liefern, und da fällt natürlich die Nachfrage-Wirtschaft der Japaner ins Wasser. So haben seit Jahresbeginn in allen Industriezweigen in wachsendem Maße Arbeitslosenstellungen oder Verrückterverringern in den Fabriken stattgefunden, begleitet von größeren Arbeiterentlassungen. Im ganzen sind heute etwa 200 000 Arbeiter beiderlei Geschlechts wieder arbeitslos, d. h. etwa ein Zehntel bei einem Gesamtbestande von etwa 2 Millionen Industriearbeitern. Hierzu kommen noch die verhältnismäßig ebenso zahlreichen Entlassungen Einzelner oder ganzer Kategorien. Die geistlichen Verluste auch allergeringer Firmen werden mit fast unglaublich klingenden Summen angegeben. Hierbei spielt die Abstellung im Ausland bestellter Maschinen, z. B. Spinnereimaschinen, unter Preisgabe der Anzahlungen bzw. ihr sofortiger, verlustreicher Weiterverkauf eine große Rolle.

Vor neuen Kämpfen?

Kein polnischer Heeresbericht.

Warhan, 7. Septbr. Aus besonderen Gründen ist am Montag ein amtlicher Heeresbericht nicht veröffentlicht worden.

Ueber die Gründe, warum die Polen keinen Heeresbericht ausgeben, scheinen die polenwissenschaftlichen Schlachtenberichte einige Auskunft zu geben. Die

Polen hatten schlechte Tage.

Ein Mosauer Funkpruch vom 4. ds. Mts. meldet: An der Westfront bei Brest-Litowsk dauern die Kämpfe an. In der Gegend von Wladimir Wolynsk haben unsere Truppen nördlich von Grubochow eine starke feindliche Abteilung geschlagen und mehrere tausend Gefangene gemacht. Sie vernichteten das zweite polnische Infanterie-Regiment.

An der Südwestfront brachten unsere Angriffe einen feindlichen Vorstoß zum Scheitern. Der Feind wurde nach Westen zurückgeschlagen. In der Gegend von Hatz verfolgten die roten Truppen den Feind gegen den Dnepr.

Im Krim-Abchnitt heftige Kämpfe. 14 Werst südwestlich Akzinsk wurde eine feindliche Landungsabteilung in das Meer zurückgeschlagen. Im Süden wurden isolierte feindliche Gruppen von uns vernichtet.

Auch litauische Vorkämpfe mit Erfolg gegen Polen und Russen.

Litauische Truppen, die von den Bolschewiken unterstellt wurden, setzten ihre Angriffe auf die polnischen Truppen fort und drangen vorwärts in der Richtung auf

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

25] (Nachdruck verboten.)

„Wie kommst du überhaupt dazu, die Partei dieses Herrn Vollhardt zu nehmen?“ schrie Leo Allmers seine Tochter an. „Ich will nicht etwa hoffen, daß der Herr dir allerlei Gedanken in den Kopf gesetzt hat, statt auf diesen vermaledeiten Teufel zu passen. Wenn du von einem raffinierten Teufel sprichst, das ist einfach dummes Zeug. Wenn die Spitzbuben schlauer sind wie die Polizei, dann brauchen wir keine Beamten. Und bilde du dir nur nicht etwa ein, als ob der Herr Fritz mir ein willkommenes Schwiegersohn wäre. Damit ist es nichts. Verstanden!“

Vizzi hatte Mähe gehabt, gegenüber der heftigen und für sie ja begreiflichen Erregung ihres Vaters ihre Ruhe zu bewahren. Sie hoffte noch immer auf einen glücklichen Zufall, der die geheimnisvolle Sache aufklären würde. Das sagte sie auch Vollhardt von neuem, als sie an diesem Abend zu ihm in den Lesesalon huschte. Sie war in einem zarten, anmutigen Hauskleide und sah allerliebste aus. Ihm pochte das Herz so heftig, daß er meinte, sie müsse es hören.

„Sie dürfen den Mut nicht verlieren, Herr Fritz“, sagte sie, „Sie müssen und werden der Sache auf die Spur kommen. Sie werden doch dem Spitzbuben nicht die Freude bereiten, davon zu laufen? Warum nicht gar!“

Sie hatte bittend seine Hand gefaßt und er streichelte zärtlich ihre Finger. Sie war ihm ganz gewiß nicht mehr gleichgültig, und war er ihr zur Liebe tun konnte, das geschah gewiß. Aber hier noch länger sitzen und Herrn Allmers spizen Worten zuzuhören, das hielt er nicht mehr aus, ganz abgesehen davon, daß der Chef ihm schon angedeutet hatte, in das Büro zurückzukommen, da die Sache hier auf einem toten Punkt angelangt sei.

Das sollte so viel bedeuten, wie: Mein Lieber, es hat keinen Zweck, dich länger in der „Eisernen Krone“

zu belassen, für diesen Fall genügen deine Fähigkeiten leider nicht.

So sagte er denn: „An Mut, und was in diesem Fall noch mehr bedeuten will, an Geduld, fehlt es mir nicht. Liebes Fräulein Vizzi, aber ich werde auf der Polizeidirektion verbleiben, und ich glaube, Ihrem Herrn Vater ist es nur erwünscht, wenn ich gehe. Er hat es wohl überhaupt nicht gern gesehen, daß ein Polizeibeamter hier blieb.“

Vizzi schnippte mit den Fingern. „Ach, Herr Fritz, meinem Vater dürfen Sie das nicht so nachtragen, er meint das auch nicht so schlimm. Ihm sind alle diese Dinge schrecklich. Und Tag und Nacht denkt er nur daran, was die Gäste sagen werden, daß in seinem vornehmen Hotel so unverschämte gestohlen wird. Wenn Sie den Teufel beim Fahren haben, so fällt mein Vater Ihnen um den Hals und tut Ihnen zu Liebe, was er Ihnen an den Augen absehen kann. Also denken Sie daran und auch ein ganz klein wenig an mich, und bleiben Sie hier.“

„Liebes, guter Fräulein Vizzi“, sagte er bewegt, „wie gern täte ich es, aber es geht wirklich nicht.“

Sie stampfte mit dem Fuße auf, und in ihren Augen glänzten Tränen. Waren es Perlen des auflodernden Jornes oder eines peinlichen Herzenstummers? Fast heftig antwortete sie ihm:

„Ach, reden Sie doch nicht so. Sie wissen recht gut, daß es nur auf Ihren Willen ankommt. Soll ich denn ganz allein meines Vaters Aerger auszusuchen haben? Wenn noch der Herr Baron von Hellberg von Nummer 19 hier geblieben wäre! Auf den hört mein Vater. Und zu mir ist er immer so freundlich, wie ein netter Onkel. Mein Vater glaubt, der Baron sei auch abgereist, weil in seinem Zimmer nachgesehen ist, ob die 30 000 Mark nicht dort versteckt seien. Aber da irrte sich doch der Vater. Der Baron hatte schon vor der Spitzbuben-geschichte gesagt, er wolle in den nächsten Tagen abreisen und über das Nachsehen hat er nur gelacht. Das hat er nicht abel genommen. Aber ich fühle mich nun doch allein. Und nun wollen Sie wirklich gehen? Ich sage, das dürfen Sie nicht, ich erlaube es nicht, und ich will es nicht.“ Nachmals stampfte sie mit dem Fuße auf.

Veisse Eifersucht und wirkliches Entzücken über die reizende Vizzi, die ihm ihre Reizung so ungestüm offenbarte, wirbelten in Vollhardts Kopf durcheinander. Er wußte ja, daß er nicht in der „Eisernen Krone“ bleiben konnte, aber um das Mädchen zu beruhigen, sagte er: „Ich will zusehen, was ich tun kann. Aber bestimmt versprechen kann ich Ihnen beim besten Willen nichts.“

Sie war nur halb getröstet, aber sie mußte sich einwilligen mit seinen Worten zufrieden geben. Sie lief davon, indem sie noch bemerkte: „Seien Sie auch so nett, wie der Baron Hellberg, Herr Fritz, dann gefallen Sie mir recht. Und der Baron kennt mich doch noch lange nicht so gut, wie Sie mich kennen.“

Vollhardt war wieder allein. Er war sich nicht mehr im unklaren darüber, daß Vizzi Allmers sein Herz gefesselt hatte. Ihre tödliche Jugendfrische und die Gleichartigkeit ihrer Reizungen hatten es ihm angetan. Darauf, daß sie die Tochter eines sehr reichen Vaters war, hatte er wenig geachtet, noch einer Geliebten stand sein Sinn nicht. Er war ein eifriger Beamter gewesen, aber diese Vorgänge hatten ihn verstimmt. In ruhigen Augenblicken sagte er sich selbst, daß alles nur Pech, Mißgeschick sei, das wohl niemand erspart blieb, aber es bedrückte ihn. Und gerade um Vizzis willen, denn das Verhalten ihres Vaters trübte ihn am meisten, wenn er auch zugeben mußte, daß Herrn Allmers Verdruß sehr begreiflich sei.

Vizzi hatte mit so auffallendem Interesse von dem Baron Hellberg, der das Zimmer Nummer 19 bewohnt gehabt hatte, gesprochen. Was bedeutete das? Vollhardt hatte den Baron sehr genau beobachtet, aber nichts weiter gefunden, als daß er ein sehr liebenswürdiger, aristokratischer Herr sei; hatte sich Vizzi früher etwa stille Hoffnungen auf den Baron gemacht, der so gern mit ihr plauderte? Sie wußten dem Alter nach aber kaum zusammen, denn nach Vollhardts Schätzung mußte der Baron 25 Jahre älter sein, wie das junge Mädchen. Immerhin, er war Baron.

(Fortsetzung folgt.)

Summit-Augustowo. Durch einen plötzlichen Angriff bei Kamiesko-Litewski zerstreuten polnische Abteilungen eine Sowjet-Brigade, nahmen 700 Mann gefangen und eroberten drei Kanonen. An der Bugfront wurden neue russische Angriffe abgewiesen. Eine bolschewistische Abteilung wurde bei Wlodawa durch die freiwilligenabteilung des Generals Sachowicz in eine Falle gelockt. An der übrigen Front lokale Angriffe.

Neue Schlacht in Galizien.

Der „Matin“ meldet aus Warschau: An der galizisch-polnischen Grenze ist eine neue Schlacht im Gange. Die Russen haben Teile ihrer Front verstärkt und drei bis vier frische Divisionen in den Kampf geworfen. Sehr heftige Kämpfe sind um die Dniestr-übergänge seit mehreren Tagen im Gange.

Der in Minsk zurückgebliebene Teil der polnischen Friedensdelegation ist am 5. September in Warschau eingetroffen.

Ein Aufstand gegen den Bolschewismus.

Nach in Riga eingetroffenen Meldungen kam es an verschiedenen Punkten Sowjetrusslands zu blutigen Erhebungen gegen die gegenwärtige Regierung. Mit äußerster Grausamkeit wurden in der Umgebung von Moskau solche Revolten unterdrückt. Eine militärische Meuterei brach aus unter den Roten Truppen der Garnison von Jarizn im unteren Wolgagebiet. Die Bewegung war von langer Hand vorbereitet worden und blieb den bolschewistischen Spionen, die sonst sehr geschickt sind, verborgen. Deswegen gelang es den Aufständischen, die Revolte in allen ihren Einzelheiten vorzubereiten. Die Stadt Jarizn ist gegenwärtig von den aufständischen Truppen besetzt und die aufständischen Bauern schließen sich ihnen an. Moskau hat bereits Truppen und Schiffe entsandt, um der Bewegung Herr zu werden.



Das Wappert der Sowjet-Republik

Ein Hirtenbrief gegen den Bolschewismus.

Die sechs Bischöfe Belgiens, mit Kardinal Mercier an der Spitze, ließen in allen Kirchen Belgiens ein Schreiben verlesen, in dem sie vor dem grausamen und wilden Feind warnen, der Rußland mit Blut besiedelte und Polen übersallen habe. Weiter heißt es in dem Hirtenbriefe, daß eine dunkle Macht sich in dem Augenblick einmische, in dem England, Amerika und Frankreich angefiert werden, sich an die Seite des tapferen belgischen Heeres zu stellen, um der ritterlichen Nation (Polen) zu helfen. Der sozialistische „Peuple“ wendet sich gegen diesen Hirtenbrief. Er behauptet, das sei ein Versuch, Belgien in den Krieg zu ziehen.

Revolution in Turkestan.

Der bolschewistische Außenminister Tschitscherin sagt in einem drahtlosen Telegramm aus Moskau, daß eine revolutionäre Bewegung in Buchara in Turkestan ausgebrochen sei. Die Bolschewisten haben die Regierung des Emir gestürzt. Der Widerstand der Regierung sei für immer gebrochen.

Der deutsche Einspruch abgelehnt.

Frankreich unterstützt Bolschewisten und Polen gegen Deutschland.

In der Montags-Sitzung der Londoner Konferenz wurde der Antrag der deutschen Regierung, in Ostpreußen eine Miliz errichten zu dürfen, um die Bevölkerung gegen die dort internierten russischen Truppen und etwaige feindliche Einfälle zu schützen, abgelehnt. Die Konferenz behauptete, daß Deutschland über genügend Machtmittel verfüge, um den deutschen Boden und die deutsche Bevölkerung zu schützen. General Koller, der Chef der Interalliierten Militärkommission in Berlin, wurde beauftragt, festzustellen, ob besondere Maßnahmen in Ostpreußen nötig seien, unter der Bedingung, daß keine Verletzung des Versailler Vertrages dadurch herbeigeführt würde.

Ferner wurde der Antrag der deutschen Regierung, die Lage in Oberschlesien durch eine neutrale Kommission prüfen zu lassen, abgelehnt. Auch die Einwendungen der deutschen Regierung gegen die Ernennung eines Amerikaners zum Schiedsrichter in der Frage der Abtretung deutscher Luftfahrzeuge wurden als nicht begründet erachtet. Wenn Amerika den Friedensvertrag auch noch nicht ratifiziert habe, so könne doch ein Amerikaner irgendein Schiedsrichteramt in Angelegenheiten, die den Versailler Friedensvertrag betreffen, ausüben.

Die Zustände in Italien.

Arbeiter verwandeln Fabriken in Festungen.

Die Lage in der italienischen Umsturzsbewegung ist unverändert. In Turin wurden an besonders gefährdeten Punkten der Stadt Truppen mit Maschinengewehren konzentriert.

Die Metallindustriellen Mailands sind nach Rom gereist, um an einer Zusammenkunft ihres Kartells teilzunehmen, von der man neue Beschlüsse über die Haltung der Industriellen erwartet. In ganz Ligurien ist die Besetzung der Metallwerkstätten ohne nennenswerte Zwischenfälle vollzogen worden.

Wie der „Secolo“ aus Rom meldet, ist die Regierung entschlossen, sich weiter „neutral“ zu verhalten.

In Rom hat die Bewegung bereits ihren Höhepunkt erreicht. Es werden weitere Fabriken besetzt. In Terni besetzten 2000 Arbeiter die bedeutendsten Stahlwerke der Stadt. Die besetzten Fabriken sind überall in Verteidigungszustand gesetzt und in wahre Festungswerke verwandelt. Die Eingänge sind durch

stierische Drahte, die durch Hochspannungsdrähte verbunden sind, gesichert, so daß die Polizei und das Militär nicht eindringen können. Auch Türen und Fenster sind durch Drahte gesperrt. Die Arbeiter sind zu 11 Stunden Dienst verpflichtet: 8 Stunden Arbeit und 3 Stunden Wache. Die Wachen sind mit Gewehren bewaffnet und tragen teilweise uniformähnliche Kleidung.

Die Truppe steht kampfbereit.

In den folgenden italienischen Städten existieren tatsächlich Sowjets: Turin, Alexandria, Mailand, Genua, Savona, Spezia, Livorno, Florenz, Rom und Neapel. Die Regierung versucht Blutvergießen zu vermeiden, die Spannung ist aber so groß, daß das Eingreifen der Truppen jeden Moment erfolgen kann. Die Arbeiter sind bewaffnet und erklären, gutwillig die Fabriken auf keinen Fall zu räumen. Die Revolutionäre drohen, den Kampf vom wirtschaftlichen zu einem politischen zu gestalten. Sie erklären, daß dieser Kampf nur die Einleitung zu größeren Kämpfen sei. In Turin haben die Arbeiter auf den zu den Fabriken führenden Straßen Barrikaden errichtet. Die Bewegung hat bereits auf die Handelsflotte übergegriffen.

Der radikale Deputierte Giuletti, der Präsident der Seemanns-Union, hat allen italienischen Schiffen im Hafen von Genua den Befehl gegeben, die rote Flagge zu hissen. Giuletti droht, den Seelenten den Befehl zu erteilen, sich der ganzen Handelsflotte zu bemächtigen. Die Arbeiter haben in einzelnen Fabriken die Selbstschranken beschlagnahmt, um die Löhne auszuhebeln zu können.

Aus Stadt und Land.

Er mordung eines Landjägers durch den Vormunder Sicherheitswachmeister Frankenberg. Dieser wurde in der Seehofers Feldmark, nahe dem Bahnhof Teltow, von dem Landjäger Gehler überrascht, als er im Verein mit seinem Vater und seinem jüngeren Bruder auf Kartoffeldiebstahl ausgegangen war. Frankenberg kradete den Beamten nieder und tötete ihn dann vollends durch mehrere Kopfschüsse. Der Mörder, sowie sein Vater, ein Portier aus Berlin, und der Bruder wurden verhaftet.

Eröffnung der Breslauer Herbstmesse. Dienstag früh wurde die vierte Breslauer Herbstmesse, die sich insbesondere als eine Textilmesse darstellt, dem Verkehr übergeben. Die schlesische Leinen- und Baumwollindustrie ist in imposanter Größe als Aussteller erschienen. Auch die Kosten für Möbel und Innenausstattung, Drogen und Chemikalien sind reich besetzt. Die Zahl der Aussteller hat sich auf 1020 erhöht, was gegenüber den vorigen Messen ein bedeutendes zahlenmäßiges Plus ergibt.

Opfer der Bergtragelei. Am 2. September wurde, wie die „Jahrbücher Nachrichten“ melden, einer von den vier Münchener Touristen, die seit dem 24. August von einem bei schlechtem Wetter unternommenen Aufstieg zum Grünen Steig in der Miesinger Gruppe nicht mehr zurückgekehrt sind, in stehender Stellung erfroren aufgefunden. Das schlechte Wetter macht gegenwärtig die Suche nach den übrigen Touristen unmöglich.

Brandunglück. Auf dem Rangierbahnhof der Staatsbahn in Drauer brach ein großer Brand aus, der eine Werkstätte sowie 20 Personenwagen einäscherte. Der Schaden beträgt mehr als 40 Millionen.

Millionenuntergeschlagungen. Der Kassierer des ungarischen Allgemeinen Kreditbank in Budapest, Stefan Dobay, der vor einiger Zeit sein 25jähriges Jubiläum bei der Bank feierte, und der Bankbeamte Bela Balassa wurden wegen Millionenuntergeschlagungen verhaftet. Die beiden hatten u. a. 105 000 Dollar und 200 000 Mark defraudiert und an der Börse verspielt.

Vier Kinder durch ein abstürzendes Flugzeug getötet. Wie aus Paris gemeldet wird, stürzte ein Militärflugzeug über Montrouge auf den Hof eines Kinderheims ab, in dem gerade eine Anzahl Kinder spazieren gingen. Vier Kinder wurden getötet, ein fünftes schwer verletzt.

Volkswirtschaftliches.

Einfuhr von Kaffee wieder erlaubt. Das Reichs ernährungsministerium hat den Kaffee-Einfuhrverein in Hamburg ermächtigt, bis auf weiteres die Einfuhr von Kaffee in beschränktem Umfang wieder zuzulassen. Wie es heißt, sollen täglich 500 Tsd. zugelassen werden. Das ist, zumal bei dem jetzt wieder schnell fallenden Werte der Mark, eine ganz unerträgliche Luxusbelastung des deutschen Ernährungsnotens. Man könnte dafür täglich 6000 Zentner Brotgetreide einführen und damit die Brot-Wochenration der Städte um 50 Gramm erhöhen.

Sozialisierung und Rentabilität. Die österreichische Regierung führt zur Zeit Verhandlungen mit dem Jele, die staatlichen Industrie- und Bergwerke in Verbindung mit dem Privatkapital und der Wirtschaft zu bringen, da die Werke in ihrer jetzigen Vertriebsweise einen monatlichen Aufschuß von 25 Millionen Kronen verursachen, den der Staat nicht noch länger tragen kann.

Die Lage in England hat auf dem englischen Wirtschaftskongress das Unterhausmitglied Thomas als Präsident behandelt. Er entwarf ein pessimistisches Bild über die allgemeine Lage. Er hob hervor, daß das Vorgehen bezüglich Rußlands seine Billigung des Räteystems bedeute, und er betonte das Recht des englischen Volkes, seine eigene Regierungsform zu wählen. Wenn das russische Volk das Sowjetismus wählt, so ist das seine Sache. Thomas stellte weiter die Forderung auf, daß Polens Unabhängigkeit gewahrt bleiben müsse. Zum Schluß sprach er über die finanzielle und industrielle Lage. Er sagte, der kommende Winter werde wahrscheinlich der schwierigste sein, den man seit Jahren erlebt habe.

Berlin, 7. Septbr. (Börse.) Die unsichere politische Lage veranlaßt heute weitere Zurückhaltung und teilweise auch neue Entlastungsverkäufe der Spekulation. Die Befürchtung, daß die zwar in Aussicht gestellte, aber noch nicht als sicher betrachtete Zwangsanleihe zur Kasse begeben nach ausländischen Devisen zu, die neue Kurssteigerungen erzielen bei einer Verschlechterung des Marktnotens. 20 Mark Gold 235 Mark, Reichsanleihe 79,50, Sparprämienanleihe 88,90 Mark.

Berlin, 7. Septbr. (Barenmarkt.) Mais 151 bis 152, Roggen und Weizen 13-15, Mafahnenstroh 12 bis 18, Widen 118-120, Melisaten 115-125, Wasserhahn

130-135, Wirtortaerbsen bis 240, kleine Erbsen (sooy) bis 163, Lupinen neu 72-73, Serabellia von 90, alte 65 bis 70, Bicia 460, Gähfel 17-19, Biefenhen 20-23, Gelbhen 24-28, Kleehen 31-35, Futtererbsen 145, Naps 320-326, Bohnsaat 320-330, Mohn 460 für 50 Kilo ab Verladestation.

Locales.

Erhöhung der Brotzation. Im Reichs ernährungsamt beginnen am 1. Oktober die Beratungen über die Möglichkeit der Erhöhung der Brotzation. Es sollen auch neue Vorschriften über die Ausmahlung des Getreides ergehen, die eine bessere Qualität des Brotes gestatten. — Zur Streckung des Brotmehls wird in nächster Zeit wahrscheinlich zumeist Gerstenmehl verwendet werden, da Weizenmehl nur noch in geringen Mengen vorhanden ist. Eine Heraushebung der Brotzation erscheint gesichert, da die Reichsgetreidekasse erklärt, daß genügende Vorräte angehäuft sind, um eine Heraushebung ohne Risiko durchzuführen zu können.

Hilfskräfte für die Kartoffelernte. Beim Freikorps der Arbeit Nummern, Berlin NW. 52, Seydlitzstraße 1, ist eine große Zahl Helfer — Vermittlung von Ferienarbeit für Studierende, die jetzt sind, in landwirtschaftlichen oder technischen Betrieben vorübergehend körperliche Arbeit zu leisten, eingegangen. Außerdem befindet sich bei genannter Stelle eine größere Anzahl Reichswehrrentner, die ebenfalls Unterkommen in privaten Betrieben, gewerblichen als vor allen Dingen auch landwirtschaftlichen, suchen. Wer die gewillt sind, solche Arbeitsuchende einzustellen, werden gebeten, ihre Anschriften unter Angabe der Entlohnungs-, Unterbringungs-, und Verpflegungsbedingungen dem Freikorps Nummern mitzuteilen. Es sind darunter auch eine Anzahl früherer landwirtschaftlicher Arbeiter aus dem ehemals preussischen Polen, die nicht wieder in ihre Heimat zurückkönnen.

Was kostet Gaslicht? Hängendes Gaslicht verbraucht die Stunde 125 bis 130 Liter, stehendes Gaslicht 150 bis 160 Liter, Gastocher 500 bis 600 Liter. Demnach kosten Hängelgaslicht etwa ein Viertel Kubikmeter — 20 Pfg. die Stunde, stehendes Gaslicht etwa ein Viertel Kubikmeter — 25 Pfg. die Stunde, Gastocher etwa 1/2 Kubikmeter — 70 bis 75 Pfg. die Stunde an reinem Gasverbrauch. Man kann das am Gasmesser sehr leicht ganz genau ausprobieren.

Bunte Steine.

Das erste Frachtag, das die erste Eisenbahn Nürnberg-Bairisch-Breunert, waren zwei Maß Bier.

Die erste elektrische Bahn fuhr im Jahre 1882.

Gemeindevertretung. Unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters fand am Dienstag Abend eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Punkt 1. Betr. Zusammenschluß der hiesigen Gemeinde mit der Stadt Wiesbaden auf Grund des Reichsgesetzes bezügl. gemeinschaftliches Tragen der durch Unruhen entstandenen Schäden. Die Versammlung wünscht einen Zusammenschluß der Vorortgemeinden. 2. Beschlußfassung über die einer neu aufzustellenden Hebamme zu gewährende Vergütung. Es wurde festgesetzt jährl. 140 Mk. Gehalt, eine der jeweiligen Teuerung entsprechende Teuerungszulage, (zurzeit 160 Mk.) Vergütung für Nachprüfung 3 Mk., Prämie für erfolgreiche Nachprüfung 10 Mk. und Altersversorgung 140 Mk. 3. Besuch des Feldhüter Jansen wegen Anzahlung von Gehalt. Es wurde nach langer Debatte beschlossen dem Feldhüter Jansen vom 1. April 1920 ab seinem Kollegen Roos mit 7500 Mk. Jahresgehalt gleichzustellen. 4. Betr. Einlagerung von Kartoffeln durch die Gemeinde. Dieser Punkt rief eine lebhafteste Debatte hervor. Herr Emil Schmidt betonte, man möge endlich den Preis festsetzen, dann könnten die Einwohner sich eher entschließen ob sie in der Lage seien einzukellern zu können oder nicht. Herr Schüller konnte mitteilen, daß im Landkreis 385 Morgen Kartoffeln weniger gepflanzt waren als im Vorjahre. Herr Sternberger erwiderte auf den Vortwurf, als wollten eine Anzahl Landwirte lieber in die Stadt Wiesbaden liefern als an hiesige Einwohner und sprach sich auch aus über den Preis. Obwohl noch nicht endgültig in der Kreisbauernschaft der Preis festgesetzt ist, so darf wohl mit ziemlicher Bestimmtheit erwartet werden, daß mit einem Zentnerpreis von 25 bis 26 Mk. zu rechnen sein wird. Der Herr Bürgermeister klagte darüber, daß die Anmeldungen zur Kartoffellieferungsliste so spärlich eingingen. (S. amt. Bekanntmachung in Nr. 104 der Bierf. Zeit.) Wer die Anmeldung unterläßt, verliert das Anrecht auf Vorsehung. Auch hinsichtlich der zu liefernden Menge wurde ein Beschluß gefaßt. Obwohl die Kartoffelversorgung vom 15. September ab frei ist, wird nicht jeder auf so gerade Wohl einzukellern dürfen. Es wurde ein Fall bekanntgegeben, wonach eine Familie von 5 Mitgliedern 40 Ztr. haben will. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß die Gemeinde für diejenigen Gemeindeglieder, die nicht in der Lage sind, jetzt im Herbst einzukellern zu können, die Einkellierung übernimmt und zwar dergestalt, daß pro Kopf und Woche 10 Pfund gerechnet werden. Wie diese Einkellierung geregelt werden soll, wurde dem Ermeßen des Gemeinderats anheimgegeben. 5. Betr. die Bürgschaftsübernahme zur Hergabe eines unverzinslichen Darlehens an den Wilt. Bierbrauer hier für die Herstellung einer Notwohnung. Die Vertretung beschließt ein solches Kapital in Höhe von 9090 Mk. zu gewähren, gegen Eintragung einer Sicherheitshypothek in das Grundbuch. 6. Benennung einer Kommission, welche die Festsetzung der Vergütungssätze für Abhaltung des Unterrichts an der Fortbildungsschule festsetzen bzw. beraten soll. Es wurde eine 9 gliedrige Kommission gewählt bestehend aus den Herren: Florreich, Herborn, Bauer, Kupp, Wint, Meyer, Bing, Meßler und Roth. Angestrebt wird eine Vergütung nach Jahressumme. Man war allgemein der Ansicht, daß eine einheitliche Gehaltsregelung für alle Fortbildungslehrer im Kreis am Platze wäre. Herr Meßler konnte in dessen mitteilen, daß die Gemeinden Erbenheim und Dohheim diese Frage schon endgültig erledigt hätten.

7. Abordnung der Luftverkehrssteuerordnung. Die Luftverkehrssteuer wird wie folgt neu geregelt: Für Tankvermögen, wenn dasselbe bis um 12 Uhr beendet ist, 75 Mk. pro Tag, über 12 Uhr 125 Mk. Maskeball 200 Mk. Preismaskeball 250 Mk. Für Feste im Freien werden erhoben, wenn fremde Vereinsäste anwesend sind pro Tag 200 Mk. für nur Einheimische 125 Mk. Karussell mit Handbetrieb 50 Mk. Pferdebetrieb 150 Mk. Dampf- oder elektr. Betrieb 250 Mk. Schiffschaukel 250 Mk. pro Tag. Ebenso sind Steuern festgesetzt für Festlegeten, Tengel-Tengel etc. — Das Stadt. Wasser- und Gaswerk hat sich an unsere Gemeinde gewandt, um die Erlaubnis zum Herausnehmen von 2 Röhrenleitungen in der Taunusstr. und auf der Straße Taunusstr. bis Grenzstr. In der Taunusstr. sollen 45 Mann beschäftigt werden. Ein Drittel sollen städtische Arbeiter sein. Auf der anderen Straße sollen 80 Arbeiter beschäftigt werden. Es wurde beschlossen, daß dem Wunsche auf der Straße Taunusstr. entsprochen werden soll. Innerhalb 4 Jahre (?) nach Arbeitsvollzug soll die Straße wieder in ordnungsmäßigen Zustand gebracht sein. Es wurde verwiesen auf die Kambocher Chaussee, welche noch immer nicht in dem Zustande sich befindet wie sie vordem war. Auf der Straße der Bierstadt Höhe liegen nun die Verhältnisse wesentlich anders. Vor allem liegt ein Teil der Röhren direkt unter dem Geseise. Die Straße befindet sich eben in einem sehr gutem Zustande und wird wohl in einem solchen Zustand nicht wieder verlegt werden. Obwohl die Stadt in Aussicht stellt die bedeutenden Abfuhrer des Straßenbaues Dickschäfer zum Auffüllen zu verwenden, wodurch die Gemeinde Tausende ersparen würde, und obwohl circa 26 städtische Arbeiter beschäftigt werden könnten, konnte man sich nicht entschließen zu diesem Projekt die Genehmigung zu erteilen. Vonseiten der Arbeiterpartei wurde angefragt, ob Aussicht vorhanden sei die Arbeiterlosen innerhalb der Gemeinde beschäftigen zu können. Dazu denke man sich das entfehlte Schlammbad auf dieser Straße. Es könnte kaum jemand zu Fuß nach Wiesbaden gelangen und die Elektrische müßte wohl durch Umsteigen den Betrieb aufrecht erhalten. — Der Konsumverein hat noch 460 Pfd. Bohnen, 470 Pfd. Erbsen und Haferfloken lagern, welche zu hohem Preis eingekauft und deshalb nicht abgeben sind. Der Schaden beläuft sich auf 5800 Mk. Nun will der Verein diesen Schaden zur Hälfte tragen und zur anderen Hälfte soll ihn die Gemeinde übernehmen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die anderen Verkäufer dieselben Produkte doch auch abgesetzt haben, wahrscheinlich auch zum Teil mit Verlust. Eine Anfrage an die Kreisvermittlungsbüro wurde dahingehend beantwortet, daß die Gemeinde im vorliegenden Falle den Schaden tragen solle. Der Konsumverein will evtl. die in Frage kommenden Posten Hülsenfrüchte bei einem Spediteur einstellen und der Weg der Frage gegen die Gemeinde anstrengen. Es wurde beschlossen, bei anderen Borgemeinden anzufragen, da doch dort die Verhältnisse in damaliger Zeit ebenso lagen wie hier. In der neu gewählten Wohnungskommission stimmt es nicht. Zwei Mieter und zwei Vermieter, da geht es nicht bei Beschlüssen zwei gegen zwei. So kam es, daß bei der letzten Sitzung die beiden Vertreter der Vermieter das Lokal verließen, da eine Aussicht auf Einigung nicht vorhanden war. Es wurde daher gewünscht, der Kommission eine vollständig unparteiliche Person beizugeben, daß auf eine Mehrheit bei Beschlüssen zu rechnen sei. Nun wurde vorgehalten, der auf seinem Standpunkt beharrende Mieter habe sich an die gesetzlichen 18 Prozent gehalten. Es wurde von der Kommission ein fünftes Mitglied abstand genommen. Fälle, welche in der Wohnungskommission unerledigt bleiben, sollen dem erweiterten Wohnungsausschuss unterbreitet werden. — Weiter teilte der Herr Bürgermeister mit, daß das Fritz Müller'sche Haus zum Preise von 6500 Mk. zum Kauf angeboten worden sei. Die Gemeinde will dasselbe als Nachlokal und Gefängnisraum verwenden. Es wurde beschlossen, daß die Gemeinde das Anwesen käuflich erwerben solle. — Zum Schlusse betonte man sich mit der Siedelungsfrage. Die Siedelungsgenossenschaft drängt auf Erwerb des Geländes um nicht etwa bei dem Staatszuschuß zu kurz zu kommen. Der Bürgermeister führte aus, daß die Gemeinde bei 30 Siedelungshäusern mit einem Zuschuß von etwa 500 000 Mk. rechnen müsse. Es geht also wohl nicht an, daß man den Bau von 30 Häusern so ohne weiteres aufheben könne. Es wurde in Aussicht gestellt, diese Angelegenheit in einer besonderen Sitzung der Gemeindevertretung in nächster Zeit zu behandeln.

8. Freie Turnerschaft. Am vergangenen Sonntag beteiligte sich die „Freie Turnerschaft“ Bierstadt am Bezirksfest des 5. Bezirks des Arbeiter-Turn- u. Sportbundes in Nombach mit bestem Erfolge. Unter 23 Vereinen erkämpfte sich die Freie Turnerschaft, die mit 12 Turnern angetreten war, den 5. Platz. Zu anbe-

tracht dessen, daß der Verein zum ersten Male seit Bestehen sich an einem größeren Wettkampf beteiligte, ein beachtenswerter Erfolg.

* Das Versorgungsamt Wiesbaden bittet uns auf die vielen Anfragen hin, nachstehende Notiz aufzunehmen: Beim Versorgungsamt Wiesbaden ist mit dem 4. September die Ausgabe von Entlassungsanträgen eingestellt worden, da alle Anträge auf Entlassungsanträge, welche bis zum Schlußtermin (28. 12. 19) gestellt waren, erledigt sind. Für nach dem 29. 12. 19 eingegangene Anträge auf Entlassungsanträge dürfen Ausnahmen mit Rücksicht darauf nicht gemacht werden, daß der Schlußtermin zur Genüge in allen Tageszeitungen bekanntgegeben worden ist. Es hat also keinen Zweck mehr, beim Versorgungsamt wegen eines Entlassungsantrages jetzt noch vorstellig zu werden; Anträge können weder berücksichtigt, noch wegen der Überlastung des Versorgungsamtes beantwortet werden.

Wetterbericht.

11.—12. Nachts Gewitter, darauf meist trüb, wiederholt Gewitter, Wind ziemlich stark.

Bekanntmachungen.

Betr. Verteilung von Haferfloken an Kranke pp. An die Kranken und schwangeren Frauen gelangen am Freitag und Samstag dieser Woche je ½ Pfund prima Haferfloken (Hohenlohe) bei Stadtmüller zur Verteilung. Der Preis beträgt 1,10 Mk. für ein halbes Pfund.

Zum Verkauf an die minderbemittelte Bevölkerung stehen zur Verfügung:

- a) Unterhosen zum Preise von 14.— Mk.
- b) Sweater zum Preise von 30,30 Mk.
- c) Männerbekleidungsstoffe 3. Preise von 45,20 Mk.

Bestellungen hierauf werden auf der Bürgermeisterei hieselbst, Zimmer Nr. 3 entgegengenommen, woselbst auch die Muster eingesehen werden können. Bierstadt, den 9. September 1920. Der Bürgermeister: Hofmann.

Kerwe-Gesellschaft-Bierstadt.

Die Damen und Herren der Gesellschaft werden zu der am Donnerstag den 9. d. Mts. abends 8½ Uhr im Restaurant zum Nebenstod stattfindenden

Vollversammlung

höflichst eingeladen. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten. Der Vorstand.

Gesellschaft Käwern.

Samstag, den 12. September, abends 8½ Uhr findet eine

außerordentliche Generalversammlung im Gasthaus zur Friedrichsruhe (Bef. Bb. Hofmann) statt. Es bittet um pünktliches und vollzähliges Erscheinen. Der Vorstand.

Fußballsportverein Bierstadt.

Zum Freitag, den 10. d. Mts. abends 8½ Uhr findet im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Spielplatzfrage. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um vollzähliges und pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.



Ziegenzucht-Verein Bierstadt.

Mitglieder, die an dem diesjährigen Wetdegang in Ziegen teilnehmen wollen, müssen sich sofort bei Mitglied Köster Langgasse 4 melden. Der Vorstand.

Jeder Hausbesitzer muß Mitglied des Haus- und Grundbesitzer-Vereins sein. Geschäftsstelle Moritzstraße 5.

Arbeiter-Radfahr Bund

„Solidarität“

Ortsgruppe Bierstadt.

Samstag, den 11. Sept., abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Gasthaus zum Sambrinus (Besitzer Karl Biron). Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um pünktliches und vollzähliges Erscheinen.

Der Vorstand.

Echte bayrische Malzbombon

Beutel 1,75 Mk. und 2,50 Mk. empfiehlt

Drogerie A. Lehmann, Wiesbadenerstr. 4.

Kleine Anzeigen

müssen bei Bestellung gleich bezahlt werden.

Schlafzimmer

nußbaum, mit Stein, Spiegelst. mit Kasseabteil. dito in Mahagoni lackiert.

Küche in Eichenholz mit Einoem und Herdverglasung. Eine geb. Küche zu verkaufen.

Karl Bach,

Schreinermeister,

Blumenstraße 17.

Hasentasten

mit 9 jungen Hasen zu verkaufen. Bierstadt, Hintergasse 23.

Nehme des Morgens noch

Damen an zum

Freistehen.

Offert. unter 11. an den Verlag.

Gründl. Rep.

aller Bronze, Nickel u. Metallgegenstände, Karbid, Karbid Lampen eign. Halbrat, Kaffeeöfen, Gas- u. elektr. Lampen, Brenner, Zyl., Milchdrücker, Gaslocher Gas- und Wasserheben, Badewannen, Bade-Defen, Zapfhähne u. Gasverschläuche, Konfektgläser zu verkaufen.

Kranje, Wiesbaden,

Wehrstraße 10.

Keflers

Ausnahmetage

nur bis einschl. Samstag ohne

Marken.

Fleisch Bld. 6 Mk. Fleischwurst

Bld. 6 Mk. Leberwurst Bld. 4 Mk.

Blutwurst Bld. 3 Mk. sowie

Leber, Lungen, Herz und Zungen

Wiesbaden, Dellmündstr. 22.

Garn, Seide und Simili-

Seide

nur la Qualitäten, en gros und en detail,

sämtliche Nummern und Farben

zu billigsten Preisen.

Marken: Brooks, Coats, Clace.

Behle, Wiesbaden,

Auf Wunsch Besuch mit Muster.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30,— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok,

Kirchgasse 70

gegenüber Marktplatz

Wiesbaden.

An Alle!

Neu-Eröffnung!

Schhaus H. Levi

Moritzstr. 40

Wiesbaden.

Moritzstr. 40.

2 Vorteile. Gute

Schuhwaren zu billigen Preisen.

Spezialität: Arbeitsschuhe.

Beachten Sie in Ihrem eigenen Interesse meine Angebote

Deutsche Volkspartei Bezirksverband Wiesbaden.

Wir laden die Mitglieder und Freunde unserer Partei mit ihren Familien zu einem

Geselligen Zusammensein

im Paulinenschlösschen nz Wiesbaden

am Sonntag den 12. September, nachm. 3 Uhr höflichst ein.

Neben Ansprachen der Herren Abgeordneten Dr. W. F. Kalle-Biebrich, Carl Hepp-Seelbach und Th. Seibert-Frankfurt a. M. werden gesangliche, deklamatorische und musikalische Vorträge von Frau Hauser, Fräulein Aenne Dörner, Frau Elsa Gorrenz, der Herren Rudolf Dietz und A. Osterhaus, des Schubert'schen Quartetts und der Kapelle des Musikvereins für mannigfache Unterhaltung sorgen.

Der Vorstand.